

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

10. Wahlperiode

21.02.1986

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**10/305 - 1**

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 03 - Innenminister

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Innere Verwaltung

Bericht über die Beratung

Der Ausschuß für Innere Verwaltung wird über den Personaletat der Polizei erst in seiner Sitzung am 27. Februar 1986 abstimmen und hat bis dahin auch die Gesamtabstimmung über den Einzelplan 03 zurückgestellt.

BerichtA Allgemeines

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat den Einzelplan 03 des Innenministers in seinen Sitzungen am 5. Dezember 1985 und 23. Januar 1986 erörtert und die Beratungen durch Abstimmung in der Sitzung am 20. Februar 1986 teilweise abgeschlossen. Über den Personaletat der Polizei will der Ausschuß in seiner Sitzung am 27. Februar 1986 beschließen. Aus diesem Grunde wurde auch die Gesamtabstimmung über den Einzelplan 03 bis dahin zurückgestellt.

Gegenstand der Beratungen war auch ein Gesamtüberblick über den Einzelplan 03 des Innenministers vom 27. November 1985 (Vorlage 10/199), die Vorlage 10/221 des Landesbeauftragten für den Datenschutz mit der Bitte, zwei Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 neu in den Haushalt einzusetzen, sowie ein Schreiben des Innenministers vom 4. Februar 1986 (Vorlage 10/227) mit Erläuterungen zu Kapitel 03 310 Titel 427 20 - Vergütungen und Löhne für Aushilfen.

In die Beratungen des Haushaltsgesetzes wurden ferner einbezogen, eine EntschlieÙung der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (Zuschrift 10/193), sowie die Stellungnahme dieses Landesverbandes zum Haushaltentwurf der Landesregierung (Zuschrift 10/258) und ein Schreiben der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen vom 10. Januar 1986 (Zuschrift 10/262) mit einem Forderungskatalog zum Haushalt 1986.

Der Landtag hat zwar in seiner Sitzung am 11. Dezember 1985 bei der Überweisung des Haushaltsgesetzes die Fachausschüsse mit der Maßgabe beteiligt, daß die Beratungen des Personalhaushalts im Haushalts- und Finanzausschuß erfolgen sollten, gleichwohl hat der fachlich zuständige Ausschuß für Innere Verwaltung auch diesen Bereich beraten und über Änderungsanträge zum Personalhaushalt entschieden bzw. will hierüber bezüglich des Personaletats bei der Polizei am 27. Februar 1986 entscheiden.

#### B Einzelberatungen

##### Personaltitel

Die SPD-Fraktion hat ihre Überlegungen noch nicht abschließen können, wie die personelle Situation der Polizei zu verbessern ist. Alle Fraktionen halten entsprechende Maßnahmen für dringlich.

Die CDU-Gesamtfraktion hat, so der Sprecher im Innenausschuß, Umschichtungen zugunsten der Verbesserungen der Situation der Polizei in Höhe von 20 Mio. DM aus dem Gesamthaushalt zur Verfügung gestellt.

Die F.D.P.-Fraktion glaubt angesichts der finanziellen Lage des Landes auch im Bereich der Polizei nur mäßige Mehrkosten verantworten zu können. Vor allem fehlt es nach Meinung ihrer Sprecherin an einem langfristigen Gesamtkonzept für die Polizei. Dem widersprach der Innenminister mit Hinweis auf inhaltliche Schwerpunkte.

Dem Problem der Überstunden will die SPD-Fraktion dadurch begegnen, daß sie die Landesregierung auffordert, im Wege des Haushaltsvollzugs ressortübergreifend einen Stellenpool zum Abbau der Überstunden zu bilden, aus dem dann alle Ministerien entsprechend der von ihnen zu vergütenden Überstunden bedient werden können. Auch der öffentliche Dienstherr ist nach Ansicht der Regierungsfraktion aufgerufen Überstunden abzubauen. Sie will allerdings der Landesregierung die Umrechnung der zu entschädigenden Überstunden in neue Stellen überlassen, weil nur sie in der Lage sei, alle Voraussetzungen und Konsequenzen zu übersehen.

Die CDU-Fraktion hat festgestellt, daß bei der Polizei vergütete Überstunden in der Hauptsache im Bereich der Kriminalpolizei anfallen. Sie hält deshalb eine Erhöhung der Planstellen bei der Kripo für eine gangbare Lösung.

Im Wege des Haushaltsvollzugs sollte nach Ansicht der SPD-Fraktion auch eine Strukturverbesserung im mittleren Dienst der Polizei zu erreichen sein. Es sei im Laufe des Haushaltsjahres 1986 eine Änderung der Stellenplanobergrenze im mittleren Dienst durch den Bundesgesetzgeber zu erwarten. Wenn die Landesregierung die sich dadurch ergebenden Möglichkeiten voll ausschöpft, würde sich durch eine Erhöhung des Anteils der Besoldungsgruppen A 7, A 8 die Besoldungssituation im Polizeidienst erheblich verbessern.

Die CDU-Fraktion hegt Zweifel an einer Änderung der Stellenplanobergrenzenverordnung im Laufe des Haushaltsjahres 1986, da sich die Finanzministerkonferenz inzwischen gegen eine solche Änderung ausgesprochen habe.

Einigkeit bestand im Ausschuß für Innere Verwaltung darüber, daß gerade im Bereich der Polizei auch der Fachausschuß sein Votum geben sollte. Man einigte sich deshalb schließlich darauf, über sämtliche Änderungsanträge zum Personaletat der Polizei in einer Sitzung am 27. Februar 1986 zu beraten, auch um somit der Regierungsfraktion die Möglichkeit zu geben, ihre geplanten Änderungen mit der Gesamtfraktion noch abstimmen zu können.

Angekündigt aber zurückgestellt wurden deshalb folgende Anträge:

Kapitel 03 110, Titel 422 10 (Bezüge der Beamten)

Die Zusammenführung der Stellenpläne von Schutz- und Kriminalpolizei hat nach den Erfahrungen der CDU-Fraktion keine Vorteile gebracht. Hierdurch würden nur die schlechten Beförderungsmöglichkeiten im Bereich der Schutzpolizei verschleiert. Sie will deshalb den Antrag stellen, die Stellenpläne wieder zu trennen.

Die F.D.P.-Fraktion kündigte den gleichen Antrag an, da auch nach ihren Feststellungen die Zusammenlegung keine Probleme beseitigt hat, sondern im Gegenteil zu einer Rivalität zwischen Schutz- und Kriminalpolizei geführt habe.

Zum gleichem Titel wird die CDU-Fraktion eine Erhöhung des Ansatzes um insgesamt circa 18,7 Millionen DM beantragen. Die Erhöhung soll in Höhe von 2,5 Millionen DM verwandt werden, um unter Aufhebung des Phasenbeschlusses die volle Nachschlüsselung der Stellen im mittleren Dienst unter Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen zu ermöglichen. Um die Aufhebung der Phasenverschiebung im gehobenen Dienst zu 50 % zu ermöglichen, sollen weitere 5 Millionen DM bereitgestellt werden. Die CDU-Fraktion hält eine Nachschlüsselung in allen Bereichen aus sozialen Erwägungen für dringend notwendig.

Ein weiterer Teilbetrag des erhöhten Ansatzes von 2,2 Millionen DM, soll bereitgestellt werden, um 2000 neue Planstellen der Besoldungsgruppe A 7 zum Zwecke der Beförderung von Polizeihauptwachtmeistern einzurichten. Nach Feststellungen der CDU sind rund 2600 Polizeihauptwachtmeister trotz Erfüllung der vorgehenden Wartezeiten ohne Beförderungsmöglichkeiten. Die CDU ist der Ansicht, daß der bestehende Beförderungsstau sozial nicht vertretbar ist.

Um rund 1500 Beamten der Polizei die Möglichkeit zu eröffnen in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 7 befördert zu werden, will die F.D.P. ebenfalls einen Betrag von 2 Mio. DM zur Verfügung stellen. Auch dieser Antrag wurde vorerst zurückgestellt.

Ein weiterer Teilbetrag des erhöhten Ansatzes, und zwar 9 Millionen DM, soll nach den Willen der CDU-Fraktion für die Einstellung weiterer 300 Polizeianwärter in Planstellen A 6 bereitgestellt werden. Die antragstellende Fraktion will mit diesem Antrag dem vorgesehenen Stellenabbau begegnen. Ein solcher ist im Bereich der Polizei nach Ansicht der CDU nicht gerechtfertigt. Die derzeitige Einstellungsquote von 400 Anwärtern ist nach ihrer Ansicht im Hinblick auf einen ausgewogenen Stellenkegel auch für die Zukunft unzureichend. Die CDU-Fraktion verlangt eine kontinuierliche Einstellung, zumal genügend qualifizierter Kräfte derzeit auf dem Arbeitsmarkt zu finden seien. Die Anwärter sollen auf Planstellen geführt werden, um einem neuen Beförderungsstau im Bereich der Besoldungsgruppen A 6, A 7 entgegenzuwirken.

Weiterhin zurückgestellt wurde schließlich auch zum gleichen Titel der Antrag der CDU die Zahl der Planstellen in der Besoldungsgruppe A 9 (Polizeikommissar, Kriminalkommissar) um 55 zu erhöhen. Bei der Kriminalpolizei seien nach Angabe des Innenministers innerhalb eines Jahres rund 230 000 Überstunden ausgeglichen worden. Die hierfür aufgewandten 2,2 Millionen DM sollen für neue Stellen bereitstehen. Es sei das sicherheitspolitische und soziale Anliegen der CDU, führte der Sprecher aus, die Mehrarbeit bei der Kriminalpolizei durch Schaffung neuer Stellen abzubauen. Auch dieser Antrag wurde bis zur Sitzung am 27. Februar 1986 zurückgestellt.

Die SPD-Fraktion beantragte zu Kapitel 03 010, Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) - bei der Besoldungsgruppe A 13 nunmehr statt 96 jetzt 95 Oberamtsratstellen auszuwerfen, davon eine Stelle kw (§ 42 LPVG).

Damit korrespondiert der weitere Antrag der SPD-Fraktion bei Kapitel 03 310, Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) - die Zahl der Regierungsdirektorenstellen Bes.Gr. A 15 von 98 auf 99 (davon 1 kw § 42 LPVG) zu erhöhen. Die SPD-Fraktion folgte damit einer Anregung der Landesregierung. Der im Innenministerium beschäftigte freigestellte Vorsitzende des Hauptpersonalrats hat inzwischen sein Amt niedergelegt, sein Nachfolger kommt aus dem nachgeordneten Bereich. Die kw-Stelle kann deshalb aus dem Bereich des Innenministeriums in den Bereich der Regierungspräsidenten übertragen werden.

Beide Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen.

Die Regierungsfraktion beantragte bei Kapitel 03 370, Titel 422 10 - Bezüge der Beamten und Richter - eine Regierungsoberamtsratstelle der Besoldungsgruppe A 13 neu auszuwerfen. Auch hier folgt Sie einer Anregung der Landesregierung, die aufgrund der inhaltlichen und zahlenmäßigen Erweiterung des Angebots der Fortbildungsakademie Attendorn die personelle Verstärkung für erforderlich hält.

Die Deckung soll zur Hälfte bei Kapitel 03 370, Titel 427 10 - Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige -, in Höhe von 25 000 DM sowie zur Hälfte aus Kapitel 03 820, Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten - durch Absetzung einer Angestelltenstelle BAT V b/V c (Dienststart 02) erbracht werden.



Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Oppositionsfraktionen, die geltend machten, keine Gelegenheit zur Prüfung erhalten zu haben, genehmigt.

Kapitel 03 630

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) -

Die F.D.P.-Fraktion stellte den Antrag, für den Landesbeauftragten für den Datenschutz - zwei Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 unter Wegfall einer Planstelle der Besoldungsgruppe A 12 neu zu schaffen.

Nach Ansicht der F.D.P.-Fraktion ist der Datenschutzbeauftragte angesichts steigender Aufgaben auf mehr Personal angewiesen, zumal er in letzter Zeit verstärkt auch von Bürgern um Hilfe angegangen wird. Der Antrag, dem auch die CDU zustimmte, wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Kapitel 03 020

Titel 531 00- Öffentlichkeitsarbeit -

Die F.D.P. stellte den Antrag, die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit um 21 000 DM zu kürzen. Angesichts der bedrohlichen finanziellen Situation des Landes müsse man auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit seinen Sparwillen deutlich machen, führte die Sprecherin aus.

Nach Ansicht der SPD-Fraktion gibt es keinen schlüssigen Nachweis, daß der Innenminister seine Selbstdarstellung überzogen hätte. Die Regierungsfraktion lehnte den Antrag, für den CDU und F.D.P. gemeinsam votierten, ab.

Kapitel 03 110

Titel 748 00 - Baumaßnahmen für die Polizeistation  
Bad Salzuflen -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, wegen des besonders schlechten Zustands der Polizeistation in Bad Salzuflen, 400 000 DM für Um-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen in den Haushalt einzubringen. Nach Ansicht aller Fraktionen handelt es sich um einen dringende Not- und Überbrückungsmaßnahme.

Die Kosten werden sich voraussichtlich auf insgesamt 2 670 000 DM belaufen, so daß nunmehr ein Betrag von 2 270 000 DM vorbehalten bleibt.

Zum gleichen Kapitel beantragte die SPD-Fraktion, in einem weiteren neuen Titel 764 20 - Neubau für die Polizeistation Langenfeld - 100 000 DM anzusetzen. Der Neubau ist dringend erforderlich, eine Haushaltsunterlage liegt bereits vor. Mit den Bauarbeiten kann aber erst 1987 begonnen werden, da auf dem landeseigenen Grundstück eine Schule steht, die noch für andere Zwecke genutzt wird. Somit sind im Haushalt 1986 nur die Kosten einer vorbereitenden Planung erforderlich. Die Gesamtkosten belaufen sich voraussichtlich auf 6,4 Millionen DM, so daß abzüglich der Vorplanungskosten 6,3 Millionen DM vorbehalten bleiben.

Die Anträge zu beiden Baumaßnahmen wurden vom Ausschuß einstimmig angenommen. Eben so einstimmig angenommen wurde der Deckungsvorschlag der SPD-Fraktion in Kapitel 03 110, Titel 775 00 - Baumaßnahmen Landesbehördenhaus/Polizeipräsidium Bonn, fünfter Teilbetrag - den Baransatz um 500 000 DM zu mindern. Die Erläuterungen sind entsprechend zu berichtigen.

Kapitel 03 110, Titel 811 20 - Erwerb von Wasserfahrzeugen -

Die SPD-Fraktion beantragte, den im Entwurf vorgesehenen Baransatz um 51 000 DM auf 453 000 DM zu erhöhen.

Der Antrag geht zurück auf eine Anregung der Landesregierung wegen der nach Aufstellung des Haushaltsentwurfs ermittelten Ansatzzerhöhung. Die Erläuterungen sind entsprechend zu ergänzen: Erster Teilbetrag 325 000 DM, Gesamtkosten 426 000 DM, vorbehalten bleibt ein Betrag von 101 000 DM.

Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung der F.D.P. ebenso mehrheitlich angenommen wie die Absetzungen zum Ausgleich dieser Erhöhungen bei Titel 812 16 im gleichen Kapitel. Dort kann ein Teil der unter Ziffer 2 der Erläuterungen ausgewiesenen Zusatz- und Ergänzungseinrichtungen auf 1987 verschoben werden. Auch hier sind die Erläuterungen entsprechend zu ergänzen, so daß hier nunmehr ein Betrag von 449 000 DM einzusetzen ist.

Die Gesamtabstimmung über den Haushalt 03 des Innenminister wurde bis zur Sitzung am 27. Februar 1986 zurückgestellt. Über das Abstimmungsergebnis sowie noch eventuell zu beschließende Änderungsanträge zum Personaletat der Polizei wird der Berichterstatter des Ausschusses für Innere Verwaltung in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschuß am gleichen Tag mündlich berichten.

Pohlmann  
Vorsitzender